

## China-Politik im 21. Jahrhundert

Die Volksrepublik China ist in den letzten beiden Jahrzehnten zu Deutschlands und Europas wichtigstem systemischem Wettbewerber und wirtschaftlichem Rivalen geworden. Zugleich ist sie Partner in vielen Bereichen und es bestehen enge wirtschaftliche Beziehungen. Eine zeitgemäße China-Politik muss all diese Ebenen im Blick haben, darf jedoch die von der chinesischen Regierung ausgehenden Gefahren keinesfalls unterschätzen. Das KPCh-Regime fordert unsere Werteordnung auf nationaler und internationaler Ebene heraus wie derzeit kein anderer Staat der Welt, bahnt sich mit zunehmender Aggressivität seinen Weg zur Weltmacht und setzt andere Staaten dabei systematisch unter Druck. Dem müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern kurz- wie langfristig durch eine Reihe von Maßnahmen auf allen politischen Ebenen begegnen. In diesem Sinne fordert die Junge Union Südbaden eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen und europäischen China-Politik.

### 1. Die gegenwärtige politische Situation der Volksrepublik China

Mit ihren 1,44 Milliarden Einwohnern ist die Volksrepublik China der bevölkerungsreichste Staat der Welt und mit einem Bruttoinlandsprodukt von etwa 15 Billionen US-Dollar nach den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft – in Kaufkraftparität gemessen sogar die größte.<sup>1</sup> Die westliche China-Politik war lange Zeit von der Hoffnung geprägt, das Land werde sich infolge seiner wirtschaftlichen Öffnung auch politisch öffnen und demokratisieren.<sup>2</sup> Dass diese Idee des „Wandels durch Handel“ gescheitert ist, zeigt sich spätestens seit der Machtübernahme Xi Jinpings in aller Deutlichkeit. In politischer Hinsicht ist die Volksrepublik China nach wie vor eine **Ein-Parteien-Diktatur** unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), wie es auch ausdrücklich in Artikel 1 der chinesischen Verfassung verankert ist.<sup>3</sup> Die Partei ist in China Zentralakteur des gesamten politischen und gesellschaftlichen Lebens.<sup>4</sup> Auch der Staat selbst ist lediglich ein verlängerter Arm der KPCh, die stets die wirkliche Macht innehat.<sup>5</sup> Politische Entscheidungen werden nicht im einmal jährlich zum Schein tagenden Volkskongress getroffen, sondern vom Ständigen Ausschuss des Politbüros der KPCh sowie hinsichtlich der großen Leitlinien alle fünf Jahre auf den Parteitag der KPCh.<sup>6</sup> Auch die Volksbefreiungsarmee ist keine staatliche Armee, sondern der militärische Arm der KPCh.<sup>7</sup>

Wie jede diktatorische Regierungspartei verfolgt die KPCh vor allem ein Ziel: das des eigenen **Machterhalts**.<sup>8</sup> Äußerungen westlicher Politiker, China werde sich mit seiner wirtschaftlichen Öffnung auch demokratisieren, wurden von der chinesischen Führung als massiver Angriff auf die eigene Machtstellung wahrgenommen.<sup>9</sup> Demokratisierung hieße schließlich nichts anderes als das Ende der Einparteienherrschaft der KPCh. Das führte jedoch nicht dazu, dass man sich der wirtschaftlichen Öffnung verweigert hätte. Im Gegenteil: Man hatte erkannt, dass Maßnahmen wie der Beitritt zur WTO für Chinas wirtschaftlichen Aufschwung erforderlich waren und dass das Wirtschaftswachstum die Machtstellung der KPCh sichert. Denn da sich die Partei nicht durch demokratische Wahlen legitimieren kann, fußt ihre Legitimation maßgeblich darauf, das Volk davon überzeugen zu können, dass sie die bestmögliche Politik für China mache. Und dies wird sowohl in ihrem eigenen Anspruch als auch in der öffentlichen Meinung insbesondere am wirtschaftlichen Erfolg Chinas gemessen.<sup>10</sup> Letztlich hat die westliche Annäherungspolitik zur Machtsicherung des KPCh-Regimes beigetragen.

Anstelle von Reformen ist seit dem **Amtsantritt Xi Jinpings** im Jahre 2012 sogar eine stärkere Rückbesinnung der Partei auf ihre kommunistischen Leitlinien ersichtlich.<sup>11</sup> Bereits in seiner Antrittsrede skizzierte Xi die aus seiner Sicht maßgeblichen Gründe für den Zusammenbruch der Sowjetunion, die sich in China nicht wiederholen dürften: Die Partei habe die Kontrolle über das Militär verloren, die Korruption nicht effektiv bekämpft sowie ihre Leitideologie aufgegeben und dadurch ihre Abwehrfähigkeit gegenüber „ideologischer Infiltration“ aus dem Westen eingebüßt.<sup>12</sup> In allen drei

Bereichen ließ Xi unverzüglich Taten folgen, etwa durch die Militärreform von 2015/16<sup>13</sup> und durch seine umstrittene Antikorruptionskampagne, die zugleich als Instrument zum Ausschalten politischer Gegner dient.<sup>14</sup> In der ideologischen Sphäre ließ die KPCh 2013 ein Kommuniqué (bekannt als „Dokument Nr. 9“) an alle leitenden Parteifunktionäre verteilen, das sieben abzulehnende „falsche ideologische Tendenzen“ auflistet: Westliche konstitutionelle Demokratie, universelle Werte (damit sind die Menschenrechte gemeint), Zivilgesellschaft, Neoliberalismus, kritischer Journalismus, historischer Nihilismus und Zweifel an der sozialistischen Natur des chinesischen Sozialismus.<sup>15</sup> Dies veranschaulicht deutlich die Ablehnung sämtlicher westlicher Werte durch die chinesische Führung. Auch in personeller Hinsicht besteht mittelfristig keine Hoffnung auf einen Neuanfang, denn mit der Verfassungsänderung von 2018 wurde Xi faktisch zum Herrscher auf Lebenszeit erhoben und das zuvor verfolgte Prinzip des regelmäßigen personellen Wechsels beendet.<sup>16</sup>

Neben wirtschaftlichem Erfolg setzt die KPCh als Legitimationsbasis zunehmend auf Nationalismus.<sup>17</sup> In einer Rede 2012 rief Xi Jinping den „chinesischen Traum“ aus, der neben Wohlstandssteigerung im Inland auch beinhaltet, dass China seinen „angestammten Platz in der Welt“ wieder einnehmen soll.<sup>18</sup> 2017 sagte er, China nähere sich „Tag für Tag der Mitte der Weltbühne“,<sup>19</sup> und meint damit Chinas angestrebte Rolle als **dominierende Weltmacht**. Denn im Geschichtsverständnis der KPCh stellt China den Nabel der Welt dar und musste in der jüngeren Vergangenheit Demütigungen ertragen, die es nun zu tilgen gilt.<sup>20</sup> Insgesamt verfolgt China unter Xi eine erheblich aggressivere Außenpolitik.<sup>21</sup> Diese zeigt sich besonders deutlich gegenüber Chinas Nachbarn, von der Unterdrückung der Tibeter und Uiguren<sup>22</sup> über Grenzkonflikte mit Indien<sup>23</sup> und die Beanspruchung fast des gesamten Südchinesischen Meeres<sup>24</sup> bis zur Drohung mit der gewaltsamen Wiedereingliederung Taiwans.<sup>25</sup> All diese Konflikte bestanden bereits vor Xi Jinpings Amtsantritt, doch wurde die Rhetorik seitdem stark verschärft und zunehmend mit militärischen und anderen gewaltsamen Mitteln agiert.<sup>26</sup>

Auch außerhalb Asiens, von Ozeanien über Afrika bis nach Europa und Amerika, verstärkt China erheblich seine **Einflussnahme**.<sup>27</sup> Für Deutschland und Europa geht es daher nicht mehr nur darum, Menschenrechtsverletzungen an Uiguren und Tibetern oder Verstöße gegen den Autonomiestatus Hongkongs anzuprangern. Vielmehr ist China inzwischen auch für „den Westen“, also Europa und Nordamerika, zur unmittelbaren Bedrohung in vielen Bereichen geworden. China hat eine enorme Machtfülle erreicht und nutzt diese konsequent zum eigenen Vorteil aus. Zwar ist eine unmittelbare militärische Bedrohung Europas durch China in absehbarer Zeit eher unwahrscheinlich, auch wenn die KPCh kräftig in ihre Armee investiert und über modernste Kriegstechnik verfügt.<sup>28</sup> Doch gehen von China erhebliche Gefahren in den Bereichen Werteordnung und politisches System, Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses sowie wirtschaftliche Abhängigkeit und Erpressbarkeit aus, auf die im Folgenden mit besonderem Blick auf Deutschland eingegangen wird. In jedem dieser Bereiche macht die Junge Union Südbaden Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen.

## 2. Unsere Werteordnung gegen chinesische Erosionsversuche schützen

Sowohl das deutsche politische System als auch die gegenwärtige **völkerrechtliche Ordnung** der Welt entstanden nach Ende des Zweiten Weltkriegs und beruhen auf Grundüberzeugungen wie einer demokratischen Selbstbestimmung der Völker, Rechtsstaatlichkeit und den universellen Menschenrechten. Auch wenn stets Staaten existierten, in denen diese Werte nicht tatsächlich umgesetzt waren, so haben diese es doch in aller Regel vermieden, die genannten Werte offensiv abzulehnen. Früher traf dies auch auf die Volksrepublik China zu,<sup>29</sup> doch im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte hat sich das erheblich gewandelt. Mittlerweile versucht China, durch seine offene Ablehnung universeller Werte und das propagandistische Anpreisen autoritärer Regierungsformen deren gleichberechtigte Anerkennung neben demokratischen Staaten zu erreichen und die internationale Werteordnung schrittweise zu erodieren.

Was das KPCh-Regime von **Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie** wirklich hält, wird spätestens durch das oben zitierte „Dokument Nr. 9“ deutlich: Die Idee „universeller“, also weltweit anzuerkennender Menschenrechte wird ebenso abgelehnt wie das Konzept einer „konstitutionellen“, also auf einer verfassungsmäßigen Gewaltenteilung beruhenden Demokratie. Auch faktisch wird in China keines der Menschenrechte in seinem wesentlichen Umfang gewährleistet.<sup>30</sup> Wie es um die Rechtsstaatlichkeit steht, zeigt ein Zitat des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofes von 2017: „Chinas Gerichte müssen den westlichen Ideen von ‚konstitutioneller Demokratie‘, ‚Gewaltenteilung‘ und ‚Unabhängigkeit der Justiz‘ entschieden widerstehen. Dies sind fehlgeleitete westliche Vorstellungen, die die Herrschaft der regierenden Kommunistischen Partei [...] bedrohen.“<sup>31</sup>

Hinsichtlich der Menschenrechte begann China bereits in den 1990er Jahren, eine alternative Definition international zu propagieren. Die Strategie besteht darin, die individuellen und politischen Freiheitsrechte herunterzuspielen und stattdessen „soziale und wirtschaftliche Rechte“ in den Mittelpunkt zu rücken.<sup>32</sup> Es wird behauptet, der wirtschaftliche Aufschwung der letzten Jahrzehnte sei Ausdruck des Schutzes „**kollektiver Menschenrechte chinesischer Prägung**“.<sup>33</sup> Dass die chinesische Führung dabei Augenwischerei betreibt, liegt auf der Hand. Zunächst sind die Menschenrechte kein beliebig mit Details ausfüllbarer Begriff, sondern konkret in der UN-Menschenrechtserklärung von 1948 und im UN-Zivilpakt und UN-Sozialpakt von 1966 festgelegte, überwiegend individuelle Rechte.<sup>34</sup> Hinzu kommt, dass deren Einschränkung keineswegs den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas befördert. Vielmehr hängt dessen gesamtwirtschaftliche Stärke schlicht mit seiner Bevölkerungszahl zusammen und bewegt sich pro Kopf gemessen im Bereich der Schwellenländer.<sup>35</sup> Die KPCh-Regierung war vielmehr der Grund dafür, dass das chinesische Volk in der langen Regierungszeit Maos an wirtschaftlicher Entwicklung gehindert wurde und Hungersnöte durchleiden musste.<sup>36</sup> Erst als die Regierung mehr wirtschaftliche Freiheiten zuließ, befreite sich das Volk *selbst* aus seiner Armut.<sup>37</sup>

Dass Chinas Haltung nicht nur für die eigene Bevölkerung ein Problem ist, sondern auch den dauerhaften weltweiten Fortbestand unserer Werte gefährdet, das Land also zum „**Systemrivalen**“ geworden ist, haben im Westen inzwischen viele, einschließlich der EU, erkannt.<sup>38</sup> Beispielsweise gelang es China 2018, eine Resolution im UN-Menschenrechtsausschuss durchzusetzen, in der alle Staaten aufgefordert werden, bei Menschenrechtsfragen einen „Multilateralismus“ zu wahren.<sup>39</sup> Im Klartext bedeutet dies, dass Pseudo-Menschenrechtskonzepte wie das der chinesischen Führung als gleichwertig anerkannt werden sollen. Auch in der westlichen Welt verfängt Chinas Autoritarismus-Propaganda zunehmend.<sup>40</sup> Seinen Umgang mit der Corona-Pandemie wusste China geschickt als Paradebeispiel für die vermeintliche Effizienz autokratischer Systeme zu verkaufen,<sup>41</sup> obgleich genau dieses System die Ausbreitung des Virus zunächst vertuscht und dadurch befördert hatte.<sup>42</sup>

Langfristig kann unsere Werteordnung sich jedoch nur behaupten, wenn Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiterhin als universell gelten. Deutschland und der Rest der westlichen Welt dürfen daher dem konzertierten Angriff Chinas auf diese Werte nicht tatenlos zusehen und sich der Illusion hingeben, es könne ein friedliches Nebeneinander der Wertesysteme geben, sondern müssen ihre Werte aktiv verteidigen. Dies beginnt bei allgemeingesellschaftlicher **Bildungs- und Aufklärungsarbeit** über die von China ausgehenden Gefahren. Sie muss durch die Regierungen selbst sowie durch politische Stiftungen und andere Institutionen erfolgen. Auch politische Parteien können ihren Teil dazu beitragen, etwa durch Papiere wie dieses. Beginnen muss Aufklärung über Probleme dieser Tragweite indes bereits im Rahmen der Schulbildung. Im Geschichts- und Politikunterricht muss das chinesische politische System mit seinen Unzulänglichkeiten unter Gegenüberstellung der Vorteile eines auf individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und den universellen Menschenrechten basierenden Systems in hinreichender Tiefe vermittelt werden.

Auf internationaler Ebene muss die Bundesregierung gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Verbündeten eine **strategische Werteoffensive** starten, in der autoritären Tendenzen entgegengetreten wird. Erforderlich ist die Entwicklung langfristiger Strategien zur Revitalisierung unserer Werte. Dabei sollte auch Direktkommunikation mit der Zivilgesellschaft stattfinden, etwa über soziale Medien, wo beispielsweise in Informationsvideos anhand konkreter Beispiele über die Vorteile demokratischer und die Nachteile autoritärer Systeme aufgeklärt werden kann. Auch können Symposien und Konferenzen organisiert und zivilgesellschaftliche Projekte gefördert werden, sowie vieles mehr. Auf politischer Ebene ist international zudem darauf zu achten, chinesische Verfehlungen stets klar anzusprechen, ihnen entschlossen entgegenzutreten, Propagandasprache zu entlarven und deren Verwendung in internationalen Abkommen zu unterbinden sowie Gelegenheiten zur Selbstdarstellung des KPCh-Regimes, beispielsweise bei Sportgroßveranstaltungen, zu vermeiden.

### 3. Chinesischer Propaganda gezielt entgegenzutreten

Zur Durchsetzung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen nimmt China in vielfältiger Weise Einfluss auf andere Staaten. Ein im Westen oft unterschätzter Aspekt ist die **Beeinflussung des gesellschaftlichen Diskurses** durch ein umfangreiches und vielschichtiges System gezielter Propaganda. So sind die der Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh unterstellten Staatsmedien nicht nur im Inland aktiv, sondern verbreiten ihre Inhalte inzwischen weltweit, etwa als Fernsehsender wie CCTV und CGTN oder über Zeitungsbeilagen wie die „ChinaWatch“, die westlichen Leitmedien als „Anzeigen“ beiliegen.<sup>43</sup> Auch die sozialen Medien werden mittlerweile systematisch propagandistisch bespielt. Beispielsweise gab Twitter 2020 bekannt, ein Netzwerk aus etwa 174.000 chinesischen Propaganda-Accounts identifiziert und gelöscht zu haben.<sup>44</sup> Problematisch sind auch indirekte Einflüsse, ersichtlich an der 2018 erfolgten Ankündigung der dpa, Meldungen über die Neue Seidenstraße künftig von der chinesischen Nachrichtenagentur „Xinhua“ zu übernehmen.<sup>45</sup>

Auf den wissenschaftlichen Diskurs wird ebenfalls Einfluss genommen, insbesondere über das **Konfuzius-Institut**. Dieses wird von der außenpolitischen Kulturorganisation Chinas, dem „Hanban“, finanziert<sup>46</sup> und soll vordergründig der Sprach- und Kulturvermittlung dienen.<sup>47</sup> Das Prinzip ist es, sich weltweit in binationaler Partnerschaft in lokale Partnerhochschulen einzugliedern. Derzeit gibt es in Deutschland 19 Standorte.<sup>48</sup> Tatsächlich untersteht der „Hanban“ indirekt der Propagandaabteilung der KPCh und das Konfuzius-Institut soll als „wichtiger Akteur in der Soft Power-Politik Chinas“ dem „Aufbau der sozialistischen Kultur“ dienen.<sup>49</sup> Die Lehrinhalte und Veranstaltungen werden von der Kommunistischen Partei mitbestimmt.<sup>50</sup> Dementsprechend werden kontroverse Themen wie die Tibet-Frage, das Verhältnis zu Taiwan oder die Menschenrechte dort nicht offen behandelt.<sup>51</sup>

Ähnlich wie früher die KPdSU bedient sich die KPCh zudem eines praktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfassendes System bestehend aus hunderten von scheinbar unabhängigen Organisationen, die von der „Abteilung für Einheitsfrontarbeit“ der KPCh koordiniert werden.<sup>52</sup> Unter anderem über dieses System wird im Westen auch gezielt **auf Einzelpersonen eingewirkt**, deren Standpunkte zu China eine Katalysatorwirkung für die öffentliche Meinung haben, etwa Politiker, Prominente oder Wissenschaftler. Während im Inland und bei Auslandschinesen durchaus auch gewaltsame Methoden wie die Erpressung mit dem Wohl eines in China lebenden bzw. inhaftierten Familienangehörigen angewandt werden,<sup>53</sup> kommen gegenüber Personen aus dem Westen meist weichere Mittel zum Einsatz. Entweder werden sie umgarnt und man suggeriert ihnen, sie würden als eine von wenigen Personen „das wahre China“ verstehen lernen und sehen können, wie gutmeinend das Regime doch sei,<sup>54</sup> oder ihnen werden wirtschaftliche Vorteile angeboten.<sup>55</sup>

Um der chinesischen **Einflussnahme effektiv entgegenzutreten**, muss gezielt gegen die genannten Propagandastrategien vorgegangen werden. Auch hier ist Bildungs- und Aufklärungsarbeit ein

wichtiger Ansatzpunkt. Der allgemeine Medienkompetenzunterricht an Schulen sollte dahingehend erweitert werden, die Gefahren staatlicher Propaganda einschließlich Desinformationen in sozialen Medien erkennen zu lernen. Entsprechende Angebote in der Erwachsenenbildung sollten ebenfalls eingerichtet werden. Zudem kann die Bundesregierung durch ihren eigenen Sprachgebrauch und ihre Öffentlichkeitsarbeit einige klassische Propagandaschemen entlarven, beispielsweise die fälschliche Gleichsetzung der Interessen des KPCh-Regimes mit denen des chinesischen Volkes<sup>56</sup> oder die missbräuchliche Verwendung des Begriffs „Multilateralismus“ zur pauschalen Abwehr westlicher Kritik.<sup>57</sup> Zu diesem Zweck sollten auch verstärkt Exilchinesen und ethnische Minderheiten Chinas im westlichen politischen Diskurs zu Wort kommen. Zudem sollte die Europäische Union eine Taskforce nach dem Vorbild der „East StratCom Task Force“ des Europäischen Auswärtigen Dienstes, allerdings mit besserer personeller Ausstattung, zur Richtigstellung chinesischer Auslandspropaganda und zur Offenlegung ihrer Methoden einrichten. Und schließlich rufen wir alle Universitäten dazu auf, im Sinne der Wissenschaftsfreiheit den Beispielen aus Hamburg, Stuttgart und Düsseldorf folgen<sup>58</sup> und auf eine Kooperation mit dem Konfuzius-Institut zu verzichten. Stattdessen sollten sie unabhängige Forschung zur Kultur, Sprache und Politik Chinas fördern. Jegliche staatliche finanzielle Förderung des Konfuzius-Instituts, wie sie etwa durch die Bayerische Staatsregierung erfolgt,<sup>59</sup> muss eingestellt werden.

#### **4. Unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von China reduzieren**

Chinas wichtigste Waffe zur Einflussnahme auf andere Staaten ist seine wirtschaftliche Macht<sup>60</sup> und die damit zusammenhängende Abhängigkeit anderer Staaten. Auch Deutschland ist von China wirtschaftlich erheblich abhängig. Seit mittlerweile fünf Jahren ist China unser wichtigster Handelspartner, mit einem Handelsvolumen im Jahre 2020 von 212 Milliarden Euro.<sup>61</sup> Auch bei den Importen nach Deutschland liegt China auf Platz eins; geliefert werden vor allem elektronische und optische Erzeugnisse.<sup>62</sup> Bei den deutschen Exporten befindet sich China auf Platz zwei; wichtigste Exportbranche ist die deutsche Automobilindustrie,<sup>63</sup> die mittlerweile ein gutes Drittel ihrer weltweit produzierten Fahrzeuge in China verkauft.<sup>64</sup> Daraus ergibt sich zum einen, dass Deutschlands wichtigster Wirtschaftszweig<sup>65</sup> stark abhängig vom **Zugang zum chinesischen Markt** ist, was für China eine Möglichkeit darstellt, Deutschland damit politisch zu erpressen. Deutschlands nachsichtige China-Politik ist bereits jetzt maßgeblich der Intention geschuldet, das China-Geschäft der deutschen Unternehmen nicht gefährden zu wollen.<sup>66</sup> Zum anderen ist Deutschland, wie auch der Rest der Welt, auf den **Import elektronischer Geräte** wie Computer und Smartphones aus China angewiesen, was mittels eines Exportstopps ebenfalls als Druckmittel ausgenutzt werden könnte.

Ein weiteres Problem unseres immer stärkeren Rückgriffs auf Technologie aus China besteht in der **mangelnden Vertrauenswürdigkeit** dieser Unternehmen, besonders im Hinblick auf Datenschutz und Privatsphäre sowie mögliche Spionage bei Unternehmen oder staatlichen Stellen,<sup>67</sup> wovon der Bundesnachrichtendienst zutreffend warnt.<sup>68</sup> Dazu muss man wissen, dass es in China keine von Staat und Partei wirklich unabhängigen Unternehmen gibt. In jedem größeren Betrieb muss eine KPCh-Parteizelle eingerichtet werden,<sup>69</sup> die Zugriff auf alle Informationen hat, in die Geschäftsstrategie eingreifen kann und sogar die Geschäftsführung auszutauschen darf.<sup>70</sup> An vielen Unternehmen halten Staat und Partei auch direkte Beteiligungen.<sup>71</sup> Zudem sind alle chinesischen Unternehmen zur Kooperation mit dem chinesischen Geheimdienst im In- wie Ausland verpflichtet.<sup>72</sup> Neben verdeckter Datengewinnung ist auch offener **Technologietransfer** durch Joint Ventures oder Übernahmen ein Problem, sowohl wirtschaftlich, weil chinesische Unternehmen so im internationalen Wettbewerb aufholen, als auch sicherheitspolitisch, gerade wenn er kritische Infrastruktur oder Militärtechnologie betrifft. Bei den systematischen Bemühungen chinesischer Unternehmen um Technologietransfer handelt es sich um eine staatlich gelenkte Kampagne als Teil von „Made in China 2025“, dem von der chinesischen Regierung verfolgten umfassenden Plan zur Aufwertung der chinesischen Wirtschaft.<sup>73</sup>

In einigen der genannten Bereiche hat die Politik bereits reagiert. 2020 wurden zur Verhinderung von Technologietransfer das Außenwirtschaftsgesetz und die Außenwirtschaftsverordnung (AWV), teilweise auf EU-Vorgaben basierend, verschärft.<sup>74</sup> Dieser Weg muss fortgeführt werden. Auf nationaler wie europäischer Ebene müssen Abhängigkeitsgefahren in relevanten Schlüsselindustrien durch einzurichtende ständige Expertenkommissionen fortlaufend identifiziert werden und es muss eine **europäische Strategie für eine mittelfristige Autarkie von China** in all diesen Bereichen entwickelt werden, die voraussichtlich gezielte Investitionen und Förderprogramme erfordern wird. Die entsprechenden Branchen müssen zudem in den Aufzählungen der AWV ergänzt werden und der Einfluss der KPCh auf chinesische Unternehmen muss bei den nach §§ 55 ff. AWV vorzunehmenden Einzelfallprüfungen stets gebührend berücksichtigt werden. Das Problem der Abhängigkeit vom Import chinesischer Computer und Smartphones hat sich durch den Handelskrieg der USA mit China bereits etwas relativiert, da viele Hersteller ihre Fertigungsketten diversifiziert haben.<sup>75</sup> Auch hier gilt es, gemeinsam mit den USA die Strategie der Wegverlagerung von Produktionsketten aus China fortzuführen. Politische Anreize dazu ließen sich beispielsweise über eine entsprechende Fassung des Lieferkettengesetzes oder einer zukünftigen EU-Lieferkettenverordnung erreichen.

Wenn Deutschland, wie vom CDU-Außenpolitikexperten Norbert Röttgen gefordert, China aus einer Position der Stärke heraus begegnen will, muss es des Weiteren dafür Sorge tragen, nicht durch die Interessen seiner Unternehmen in China erpressbar zu sein. Ohne diese Voraussetzung lassen sich auch alle bereits geforderten Maßnahmen nur unzureichend umsetzen, da China sie durch Drohungen mit wirtschaftlicher Vergeltung unterminieren könnte. Im **Dialog mit der Wirtschaft**, die sich der von China ausgehenden politischen Herausforderungen bereits bewusst ist,<sup>76</sup> müssen Wege gefunden werden, wirtschaftliche Interessen nach Möglichkeit zu fördern, gleichzeitig aber nicht im gegenwärtigen Maße vom chinesischen Markt abhängig zu bleiben. Wie vom CDU-Wirtschaftsexperten Friedrich Merz zutreffend geäußert, werden viele Unternehmen ohnehin Strategien entwickeln müssen, ohne ihr China-Geschäft in der gegenwärtigen Größenordnung auszukommen,<sup>77</sup> denn Chinas Wirtschaftsstrategie zielt darauf ab, den heimischen Markt mittelfristig weitgehend mit inländischen Produkten abzudecken.<sup>78</sup> Beispielsweise wächst dank staatlicher Förderung der Elektrofahrzeugmarkt in China rasant und wird bislang fast ausschließlich von einheimischen Herstellern abgedeckt.<sup>79</sup> Umfangreiche politische Zugeständnisse der Bundesregierung zum Schutz deutscher Unternehmen in China sind mithin langfristig verlorene Investitionen.

## 5. Anderen Staaten Alternativen zu China bieten

Neben seiner eigenen wirtschaftlichen Abhängigkeit ist für Deutschland auch Chinas Einfluss in anderen Staaten ein Problem, denn China kann diesen ebenfalls zum Nachteil Deutschlands und der EU einsetzen. Das Ausmaß von Chinas wirtschaftlicher und damit verbundener politischer Einflussnahme in **Entwicklungs- und Schwellenländern** ist enorm. Häufig bietet China Hilfszahlungen oder Kredite für Infrastrukturprojekte an, die dann von chinesischen Unternehmen umgesetzt werden, und erhält im Gegenzug zudem langjährige Nutzungsrechte an der gebauten Infrastruktur.<sup>80</sup> Seinen so, oder durch direkte Bestechung, erkaufte Einfluss<sup>81</sup> nutzt China beispielsweise, um bestimmte Abstimmungsergebnisse in internationalen Organisationen zu erreichen.<sup>82</sup> In der Wirtschaftskrise von 2008/09 begann China damit, seinen wirtschaftlichen Einfluss **auch in Europa** auszudehnen. In Staaten wie Griechenland und Portugal investierte es massiv, insbesondere in kritische Infrastruktur wie Stromnetze, Häfen, Krankenhäuser, Banken oder Versicherungen.<sup>83</sup> Daher verhalten sich diese Staaten nun bei Abstimmungen häufig „notgedrungen chinafreundlich“.<sup>84</sup> Auch im Europa außerhalb der EU, etwa in Serbien, hat China erheblich investiert.<sup>85</sup> Ziel ist es, Einfluss zu gewinnen, die EU zu entzweien und ohnehin EU-skeptische Staaten wie Serbien weiter von ihr zu entfernen. Dem dienen auch Initiativen wie die „17+1-Gipfel“ Chinas mit den Staaten Osteuropas.<sup>86</sup>

Einen perfekten Weg, seine wirtschaftlichen und politischen Ziele zu verbinden, hat China in seiner „Belt and Road Initiative“ gefunden, in Deutschland als „**Neue Seidenstraße**“ bekannt.<sup>87</sup> Bei den darunter zusammengefassten bilateralen Abkommen soll es insgesamt um die Errichtung eines zusammenhängenden Wirtschaftskorridors auf dem Eurasischen Kontinent und darüber hinaus gehen. Ein Bericht der ARD fasst zusammen: „Die Neue Seidenstraße ist Kern der chinesischen Außenpolitik, ein wirtschafts- und geopolitisches Megaprojekt. China will [...] seinen globalen Einfluss ausbauen und die internationale Ordnung stärker auf China zuschneiden.“<sup>88</sup> Besonders in den Vereinbarungen zur Seidenstraße mit außereuropäischen Staaten sind umfangreiche ideologische Beeinflussungsprogramme vorgesehen, etwa von der KPCh gesponsorte gemeinsame „Think Tanks“ einheimischer und chinesischer Wissenschaftler.<sup>89</sup> Für Deutschland und Europa wird es darauf ankommen, das Projekt kritisch zu begleiten und letztere Einflüsse nach Möglichkeit einzuhegen. Zudem darf durch bilaterale Abkommen mit EU-Mitgliedsstaaten nicht die gemeinsame Handelspolitik der EU unterlaufen und der europäische Wirtschaftsraum auseinandergerissen werden. Daher sollte die Bundesregierung auf eine gemeinsame europäische Seidenstraßen-Politik hinwirken.

Insgesamt muss es Deutschlands und Europas Ziel sein, die **eigenen Reihen zu schließen**<sup>90</sup> und eine stabile Mehrheit unter den Staaten der Welt für unsere Wertevorstellungen zu organisieren. Dazu muss ein intensiver Dialog mit außereuropäischen Staaten stattfinden, die Sympathien für unser Wertesystem aufweisen. Entwicklungsländern muss auch wirtschaftlich ein Alternativangebot zu den chinesischen Avancen gemacht werden, anderenfalls bleibt diesen häufig keine andere Wahl, als sich von China abhängig zu machen.<sup>91</sup> Dies erfordert eine Neuorientierung und selektive Intensivierung der europäischen Entwicklungspolitik. China darf dort nicht das Feld überlassen werden. Innerhalb Europas muss die EU ein Auseinanderdriften verhindern, indem sie wirtschaftliche Abhängigkeiten Schritt für Schritt reduziert und, wie bereits oben gefordert, eine mittelfristige Strategie der Autarkie von China in allen Bereichen kritischer Infrastruktur verfolgt. Auch die NATO muss eine gemeinsame China-Strategie entwickeln und dabei die von Chinas wirtschaftlicher Machtstellung langfristig in sicherheitspolitischer Hinsicht ausgehenden Gefahren berücksichtigen. Nur so wird es gelingen, unsere Werteordnung langfristig gegen Chinas Angriffe zu verteidigen.

- <sup>1</sup> [http://english.www.gov.cn/news/videos/202101/19/content\\_WS60064cecc6d0f725769441ba.html](http://english.www.gov.cn/news/videos/202101/19/content_WS60064cecc6d0f725769441ba.html);  
<https://statisticstimes.com/economy/countries-by-gdp.php>.
- <sup>2</sup> <https://www.srf.ch/news/international/wandel-durch-handel-merkels-china-politik-in-der-kritik>;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article213337462/Merkels-Aussenpolitik-Wandel-durch-Handel-Im-Falle-Chinas-bleibt-das-ein-frommer-Wunsch.html>;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article203949574/Totalitaere-Systeme-Kein-Wandel-durch-Handel.html>.
- <sup>3</sup> <https://www.bpb.de/izpb/275531/charakteristika-des-politischen-systems>.
- <sup>4</sup> <https://www.bpb.de/izpb/275531/charakteristika-des-politischen-systems>.
- <sup>5</sup> <https://www.bpb.de/izpb/275531/charakteristika-des-politischen-systems>.
- <sup>6</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-das-schattenreich-das-land-ist-auf-dem-weg-zurueck-in-maos-zeiten/24980862.html>; <https://www.bpb.de/izpb/275531/charakteristika-des-politischen-systems>.
- <sup>7</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/politische-buecher/militaermacht-china-16297322.html>.
- <sup>8</sup> <https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44270/charakteristika-des-politischen-systems>;  
<https://www.dw.com/de/chinas-weltordnung-f%C3%BCr-das-21-jahrhundert/a-54351316>;  
<https://www.tagesspiegel.de/politik/70-jahre-volksrepublik-china-der-grundsatz-lautet-machterhalt/25067606.html>.
- <sup>9</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/moeglicher-import-von-demokratischen-werten-ist-naiv-zu-glauben-ld.1568078>.
- <sup>10</sup> [https://ash.harvard.edu/files/ash/files/final\\_policy\\_brief\\_7.6.2020.pdf](https://ash.harvard.edu/files/ash/files/final_policy_brief_7.6.2020.pdf).
- <sup>11</sup> <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-zu-wenig-markt-zu-viel-staat-china-gefaehrdet-sein-wirtschaftliches-erfolgsmodell/26846360.html>; <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-das-schattenreich-das-land-ist-auf-dem-weg-zurueck-in-maos-zeiten/24980862.html>;  
<https://globaleurope.eu/de/die-grosse-ernuechterung-chinas-autoritaere-wende-rueckwaerts-verlangt-nach-neuen-europaeischen-antworten/>.
- <sup>12</sup> <https://www.wsj.com/articles/chinas-neue-lehren-aus-dem-ende-der-sowjetunion-1386775851>;  
Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 28 m.w.N.
- <sup>13</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/china-xi-jinping-militaer-verteidigung-reform>.
- <sup>14</sup> Zum Überblick siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Antikorruptionskampagne\\_unter\\_Xi\\_Jinping](https://de.wikipedia.org/wiki/Antikorruptionskampagne_unter_Xi_Jinping).
- <sup>15</sup> „Historischer Nihilismus“ meint Kritik an der KPCh-Vergangenheit. <https://www.chinafile.com/document-9-chinafile-translation>; <https://www.nytimes.com/2013/08/20/world/asia/chinas-new-leadership-takes-hard-line-in-secret-memo.html>; Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 29 m.w.N.; vgl. auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Dokument\\_Nummer\\_9](https://de.wikipedia.org/wiki/Dokument_Nummer_9).
- <sup>16</sup> <https://www.sueddeutsche.de/kultur/autokratie-der-kaiser-ist-nackt-1.3901170?reduced=true>.
- <sup>17</sup> <https://www.bpb.de/internationales/asien/china/325116/chinas-staatschef-xi-jinping>;  
<https://nzzas.nzz.ch/international/xi-jinping-ist-nationalist-und-militarist-sagt-andreas-fulda-ld.1501081?reduced=true>.
- <sup>18</sup> <https://academic.oup.com/ia/article/92/4/941/2688105>; <https://taz.de/Wie-Chinas-KP-Geschichte-inszeniert!/5646327/>.
- <sup>19</sup> <https://www.dw.com/de/chinas-weltordnung-f%C3%BCr-das-21-jahrhundert/a-54351316>.
- <sup>20</sup> <http://cup.columbia.edu/book/never-forget-national-humiliation/9780231148917>.
- <sup>21</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/china-das-projekt-weltmacht.724.de.html?dram:article\\_id=408059](https://www.deutschlandfunk.de/china-das-projekt-weltmacht.724.de.html?dram:article_id=408059).
- <sup>22</sup> Zu letzterem siehe <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uiguren-in-xinjiang-china-sperrt-muslime-in-konzentrationslager-16170188.html>.
- <sup>23</sup> Siehe [https://www.deutschlandfunk.de/grenzkonflikt-im-himalaya-kalter-krieg-zwischen-indien-und.724.de.html?dram:article\\_id=487338](https://www.deutschlandfunk.de/grenzkonflikt-im-himalaya-kalter-krieg-zwischen-indien-und.724.de.html?dram:article_id=487338).
- <sup>24</sup> Siehe [https://www.deutschlandfunk.de/pekings-imperialismus-der-konflikt-im-suedchinesischen-meer.724.de.html?dram:article\\_id=479830](https://www.deutschlandfunk.de/pekings-imperialismus-der-konflikt-im-suedchinesischen-meer.724.de.html?dram:article_id=479830); <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-08/suedchinesisches-meer-abschuss-mittelstreckenraketen-china-militaer-usa-konflikt>.
- <sup>25</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/xi-jinping-china-drohung-gewaltsame-wiedervereinigung-taiwan>.
- <sup>26</sup> Beispielsweise wurden seit 2014 über eine Million Uiguren in „Umerziehungslager“ gesperrt, siehe <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/uiguren-in-xinjiang-china-sperrt-muslime-in-konzentrationslager-16170188.html>. Und zur Untermauerung der Territorialansprüche im Südchinesischen Meer werden künstliche Inseln aufgeschüttet und mit Militär besetzt, siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/china->

suedchinesisches-meer-streit-1.4892290; <https://www.welt.de/politik/ausland/article139038576/Peking-vergroessert-Macht-mit-kuenstlichen-Inseln.html>.

<sup>27</sup> Dazu, wie China im Rahmen von „Entwicklungshilfe“ und seiner „Belt and Road Initiative“, in Deutschland als „Neue Seidenstraße“ bezeichnet, Einfluss auf andere Länder nimmt, siehe etwa

<https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/wie-china-mit-auslandshilfe-einfluss-nimmt/>; Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 182 ff.

<sup>28</sup> <https://www.wiwo.de/my/politik/ausland/deutsche-ruestungstechnik-im-visier-der-chinesischen-wettruester/26193582.html?ticket=ST-7731847-e9wAmj9xpC6lsyxJgcbJ-ap6>.

<sup>29</sup> <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china>.

<sup>30</sup> [https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD\\_BwE](https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD_BwE); siehe zur aktuellen Lage auch <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw47-pa-menschenrechte-803126>.

<sup>31</sup> <https://globalvoices.org/2017/01/20/chinas-top-judge-warns-against-the-threat-of-judicial-independence/>. Das entspricht der allgemeinen chinesischen Inlandspropaganda, in der diese Konzepte seit jeher als westliche Ideen dargestellt werden, mithilfe derer ausländische Regierungen die Herrschaft der KPCh untergraben wollen, siehe <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china>.

<sup>32</sup> <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china>; Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 378.

<sup>33</sup> <https://www.zeit.de/2020/43/china-umsiedelung-bauern-armut-bekaempfung-xi-jinping>.

<sup>34</sup> <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> (die Erklärung im deutschen Wortlaut). Bei der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handelte es sich um eine nicht bindende Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen, deren Inhalt später mit dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (UN-Zivilpakt) und dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (UN-Sozialpakt) in bindende internationale Abkommen überführt wurde.

<sup>35</sup> Vgl. dazu [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt\\_pro\\_Kopf](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt_pro_Kopf).

<sup>36</sup> <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1994/07/17/how-many-died-new-evidence-suggests-far-higher-numbers-for-the-victims-of-mao-zedongs-era/01044df5-03dd-49f4-a453-a033c5287bce/>.

<sup>37</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/vor-40-jahren-als-china-seine-wirtschaft-oeffnete.871.de.html?dram:article\\_id=436094](https://www.deutschlandfunk.de/vor-40-jahren-als-china-seine-wirtschaft-oeffnete.871.de.html?dram:article_id=436094).

<sup>38</sup> Vgl. <https://www.dw.com/de/partner-gegner-konkurrent-schwieriger-umgang-mit-china/a-54898031>; <https://www.hrw.org/de/news/2020/01/14/chinesische-regierung-ist-globale-bedrohung-fuer-menschenrechte>. Bisweilen wird China als „größter Exporteur von Menschenrechtsverletzungen“ bezeichnet, siehe etwa [https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD\\_BwE](https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD_BwE).

<sup>39</sup> [https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD\\_BwE](https://www.humanrights.ch/de/ipf/archiv/international/laenderinfos/laenderinfo-menschenrechte-china?gclid=EAlalQobChMIqcbuuPw7gIVxfhRCh3KBwrqEAAAYASAAEgLPavD_BwE).

<sup>40</sup> Umfragen zufolge erfreuen sich in der westlichen Welt autoritäre Vorstellungen aktuell ohnehin wachsender Beliebtheit, sodass ein Nährboden vorhanden ist, vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-11/autoritarismus-rechtsextremismus-antisemitismus-deutschland-ost-west-studie-uni-leipzig>.

<sup>41</sup> <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/autokraten-vs-demokraten-wer-sind-die-besseren-corona-bekaempfer>; <https://www.nytimes.com/2020/02/28/world/asia/china-coronavirus-response-propaganda.html>. In Europa präsentierte China sich zudem als Helfer in der Not, etwa durch die Lieferung von Schutzausrüstung. Diese war allerdings häufig unbrauchbar, siehe etwa <https://orf.at/stories/3160881/>; <https://www.diepresse.com/5796725/chinesische-schutzmasken-fur-sudtirol-waren-unbrauchbar>.

<sup>42</sup> [https://www.ndr.de/ndrkultur/sendungen/gedanken\\_zur\\_zeit/coronavirus2720\\_page-2.html](https://www.ndr.de/ndrkultur/sendungen/gedanken_zur_zeit/coronavirus2720_page-2.html).

<sup>43</sup> <https://www.theguardian.com/media/2020/apr/14/daily-telegraph-stops-publishing-section-paid-for-by-china>; [https://merics.org/sites/default/files/2020-04/GPPi\\_MERICS\\_Authoritarian\\_Advance\\_2018\\_1.pdf](https://merics.org/sites/default/files/2020-04/GPPi_MERICS_Authoritarian_Advance_2018_1.pdf), S. 23.

<sup>44</sup> <https://www.forbes.com/sites/johnkoetsier/2020/06/12/182000-twitter-propaganda-accounts-for-china-russia-turkey-caught/>.

<sup>45</sup> <https://www.dw.com/de/chinas-propaganda-in-deutschen-medien/a-45656084>.

<sup>46</sup> [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=789580c9-5ef9-4e63-5731-038d86272d10&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=789580c9-5ef9-4e63-5731-038d86272d10&groupId=252038); BT-Drs. 19/15560, S. 4.

<sup>47</sup> So die Selbstbeschreibung, vgl. <https://www.konfuzius-institut.de/das-institut/ueber-uns.html>.

<sup>48</sup> <https://konfuzius-institut-heidelberg.de/ueber-uns/konfuzius-institute-deutschland/>.

<sup>49</sup> BT-Drs. 19/15560, S. 3.

<sup>50</sup> BT-Drs. 19/15560, S. 4.

<sup>51</sup> [https://conservativepartyhumanrightscommission.co.uk/wp-content/uploads/2020/03/CPHRC\\_Confucius\\_Institutes\\_report\\_FEBRUARY\\_2019-1.pdf](https://conservativepartyhumanrightscommission.co.uk/wp-content/uploads/2020/03/CPHRC_Confucius_Institutes_report_FEBRUARY_2019-1.pdf). Die „drei T“ Tibet, Taiwan und Tian’anmen gelten in China seit jeher als besondere Tabuthemen, siehe <https://www.derstandard.at/story/1333528396909/ni-hao-aus-china-die-drei-ts---tibet-taiwan-und-tiananmen>. Siehe zudem <https://www.welt.de/politik/deutschland/article132683795/Chinas-Charme-Offensive-auf-deutsche-Universitaeten.html> zur Selbstzensur vieler Wissenschaftler an diesen Instituten.

<sup>52</sup> Zu Details siehe Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 38 ff. m.w.N.

<sup>53</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-02/china-hongkong-protest-exil-deutschland-druck-regierung>;  
<https://www.dw.com/de/%C3%BCberwachung-und-umerziehung-in-xinjiang/a-45519902>.

<sup>54</sup> Zu einer ausführlichen Schilderung dieser psychologischen Strategie der „Freundschaftsfalle“ siehe Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 56 ff. m.w.N.

<sup>55</sup> Häufig betreiben diese Personen Beratungsfirmen, die wirtschaftliche Kontakte nach China vermitteln, und haben daher ein Interesse an guten Beziehungen zur chinesischen Führung, beispielsweise der ehemalige SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping, siehe Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 122 ff.; <https://www.wiwo.de/politik/europa/scharping-zum-eu-china-gipfel-merkel-versteht-sich-auf-den-richtigen-umgang-mit-china/26182370.html>.

<sup>56</sup> Dazu näher Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 13 f.

<sup>57</sup> <https://www.kas.de/documents/259121/10240919/Multilateralismus+als+trojanisches+Pferd.pdf/f3f8c47a-3418-abec-dbb4-f1c690e85774?version=1.0&t=1601544778830>.

<sup>58</sup> Die Hochschule der Medien und die Universität Hohenheim gaben 2015 eine geplante Zusammenarbeit auf. Die Universität Düsseldorf und die Universität Hamburg beendeten die Zusammenarbeit 2020.

<sup>59</sup> Die direkte Förderung betrug seit 2014 knapp 350.000 Euro, siehe Bayerischer Landtag, LT-Drs. 18/9368; [http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage\\_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18\\_0009368.pdf](http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0009368.pdf).

<sup>60</sup> Eine Analyse dazu, wie China trotz seines autoritären Regimes in den letzten Jahrzehnten entgegen den Erwartungen vieler Ökonomen einen relativ zur Ausgangslage enormen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen konnte, findet sich unter <https://www.bpb.de/internationales/asien/china/44279/chinas-wirtschaftspolitik>.

<sup>61</sup> <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/china-seit-fuenf-jahren-deutschlands-wichtigster-handelspartner,SPI8hFE>.

<sup>62</sup> <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/china-seit-fuenf-jahren-deutschlands-wichtigster-handelspartner,SPI8hFE>.

<sup>63</sup> <https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Artikel/Aussenwirtschaft/laendervermerk-china.html>.

<sup>64</sup> <https://kurier.at/wirtschaft/deutsche-autoindustrie-erzielt-pro-tag-600-millionen-euro-umsatz-in-china/400743732>; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/china-wirtschaft-deutschland-1.4703128>.

<sup>65</sup> Etwa 7,7 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung und 25 Prozent seiner Industrieproduktion entfallen direkt oder indirekt auf die Automobilindustrie, siehe <https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/dieselskandal-und-kartellverdacht-so-abhaengig-ist-deutschland-von-der-autoindustrie/20114646.html>.

<sup>66</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/merkel-in-pekings-viel-wirtschaft-und-wenig-menschenrechte-16371820.html>; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/hongkong-us-regierung-erkennt-hongkong-sonderstatus-ab-kritik-an-merkels-china-politik-waechst/25865492.html>.

<sup>67</sup> Kulminiert ist diese Diskussion anhand der Frage, ob Huawei am Ausbau des deutschen 5G-Netzes beteiligt werden sollte, vgl. <https://www.zeit.de/digital/internet/2020-11/it-sicherheit-gesetz-g5-netz-ausbau-huawei>.

<sup>68</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/huawei-5g-113.html>.

<sup>69</sup> Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 38.

<sup>70</sup> Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 152 f. Aktiver Dirigismus durch die KPCh hat unter Xi Jinping zugenommen, siehe <https://www.aspstrategist.org.au/much-ado-huawei-part-2/>. Inzwischen beklagen sogar westliche Unternehmen, dass die Parteizellen in ihren chinesischen Niederlassungen Einfluss auf Management-Entscheidungen nehmen, siehe <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/china-wirtschaft-beklagt-wachsenden-einfluss-von-kp-zellen-a-1178222.html>; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/chinesische-partreizellen-so-sichert-sich-chinas-staat-einfluss-in-internationalen-unternehmen/21238922.html>.

<sup>71</sup> Ein Beispiel aus dem Technologiesektor ist der Computerhersteller Lenovo, der zwar börsennotiert ist, aber indirekt im Teileigentum der staatlichen Chinesischen Akademie der Wissenschaften steht, siehe <https://www.nzz.ch/technologie/pc-hersteller-lenovo-als-naechstes-ziel-der-us-regierung-ld.1574341>.

<sup>72</sup> Diese Verpflichtung wurde 2017 sogar ausdrücklich gesetzlich festgeschrieben, siehe <https://thediplomat.com/2019/02/the-real-danger-of-chinas-national-intelligence-law/>, war allerdings schon seit jeher Praxis, siehe Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 154.

<sup>73</sup> In den Worten des deutschen ifo-Instituts sieht diese Strategie „neben der Stärkung der Binnenkonjunktur gezielte Investitionen in ausländische Hochtechnologiefirmen vor und umreißt die Ziele für die Entwicklung von zehn inländischen Industriezweigen mit der Absicht, China zu einem Konkurrenten um die weltweite Technologieführerschaft aufzubauen.“ Siehe <https://www.ifo.de/publikationen/2018/aufsatzzeitschrift/made-china-2025-technologietransfer-und-investitionen>. Bei diesen zehn Branchen handelt es sich um Informationstechnologie, High-End-Maschinen und Robotik, Luft- und Raumfahrttechnik, Meerestechnik, Schienenverkehr, Energieeinsparung und Elektromobilität, Elektrizitätsanlagen, neue Werkstoffe, Medizintechnik und Landwirtschaftstechnik, siehe <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/siemens-eisenbahngeschaefte-mit-china-a-1036216.html>; <https://isdps.se/publication/made-china-2025/>.

<sup>74</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article172920126/Bund-will-chinesische-Beteiligungen-verhindern.html>; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/aussenwirtschaftsverordnung-bundesregierung-verschaerft-sicherheitspruefung-fuer-auslaendische-investoren/27134926.html>.

<sup>75</sup> <https://www.heise.de/news/iPhone-11-Apple-Fertiger-Foxconn-produziert-aktuelles-Modell-nun-auch-in-Indien-4852450.html>; <https://www.teltarif.de/samsung-fabrik-china-huizhou-schliessung/news/78406.html>.

<sup>76</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-deutschland-und-europa-die-netten-jahre-sind-endgueltig-vorbei/26182870.html>; <https://bdi.eu/artikel/news/bdi-praesentiert-55-forderungen-zum-wettbewerb-mit-china/>.

<sup>77</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=3\\_x-UdjuTVA](https://www.youtube.com/watch?v=3_x-UdjuTVA), ab 1:25:10 ff. Dazu, dass schon bis 2030 ein erheblicher Rückgang zu erwarten ist, siehe <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/deutschland-und-asien/projektnachrichten/was-chinas-industriepolitik-fuer-die-deutsche-wirtschaft-bedeutet>.

<sup>78</sup> <https://isdps.se/publication/made-china-2025/>; [https://www.deutschlandfunk.de/chinas-umstrittene-industriepolitik-angst-vor-der-uebernahme.724.de.html?dram:article\\_id=383774](https://www.deutschlandfunk.de/chinas-umstrittene-industriepolitik-angst-vor-der-uebernahme.724.de.html?dram:article_id=383774).

<sup>79</sup> <https://china-auto.news/elektroautos-in-china/>; <https://www.wiwo.de/unternehmen/auto/elektroautos-china-dominiert-die-entwicklung-fuer-e-autos/23756178-2.html>.

<sup>80</sup> Zu Chinas diplomatischen, wirtschaftlichen und strategischen Absichten im Südpazifik siehe <https://www.dw.com/de/chinas-umarmung-der-pazifikinseln-beunruhigt-westen/a-51500329>. Zu Chinas Afrika-Strategie siehe <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/afrika-china-infrastruktur-coltan-101.html>.

<sup>81</sup> Beispiele für Stimmenkauf in Afrika, sowohl durch wirtschaftliche Abhängigkeit als auch durch Bestechung von Politikern, bei <https://de.usembassy.gov/de/chinas-beeinflussung-internationaler-organisationen/>.

<sup>82</sup> Das US-Außenministerium fasst auf seiner Internetseite einige für China günstige Ergebnisse der jüngeren Vergangenheit zusammen, die ohne Chinas Einfluss auf zahlreiche Staaten der Welt vermutlich anders ausgefallen wären, siehe <https://de.usembassy.gov/de/chinas-beeinflussung-internationaler-organisationen/>.

<sup>83</sup> <https://www.dw.com/de/portugal-notgedrungen-chinafreundlich/a-47859966>; <https://www.handelsblatt.com/politik/international/xi-staatsbesuch-in-athen-wie-china-mit-investitionen-in-griechenland-seinen-einfluss-auf-europa-vergroessert/25205226.html?ticket=ST-5542609-c005vBwPxytlmN61A5dC-ap6>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/griechenland-china-seidenstrasse-1.4678525>.

<sup>84</sup> <https://www.dw.com/de/portugal-notgedrungen-chinafreundlich/a-47859966>. Beispielsweise verweigerte Griechenland 2017 einer chinakritischen Stellungnahme der EU im UN-Menschenrechtsrat die Zustimmung, siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/griechenland-china-seidenstrasse-1.4678525>.

<sup>85</sup> <https://www.dw.com/de/serbien-chinas-lieblingspartner/a-56565721>.

<sup>86</sup> Dazu siehe Hamilton/Ohlberg, Die lautlose Eroberung, 3. Auflage 2020, S. 376 ff.

<sup>87</sup> Für einen umfassenden Überblick siehe [https://de.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Seidenstra%C3%9Fe](https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Seidenstra%C3%9Fe).

<sup>88</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/seidenstrasse-113.html>. Für weitere Einschätzungen siehe u.a. [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=1d5a14e0-27c9-cd16-9565-88493215fb6b&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=1d5a14e0-27c9-cd16-9565-88493215fb6b&groupId=252038); <https://www.transportlogistic.de/de/messe/industry-insights/neue-seidenstrasse/chance-fuer-europaeische-unternehmen/>; <https://pfalz-rhein-neckar.bme.de/meldungen/1718>; [https://www.iwd.de/artikel/was-china-mit-der-neuen-seidenstrasse-wirklich-will-306326/?gclid=EAlaIqBChMIqP7nv-2E7wIViKZ3Ch1uqQDBEAMYASAAEgLIUfD\\_BwE](https://www.iwd.de/artikel/was-china-mit-der-neuen-seidenstrasse-wirklich-will-306326/?gclid=EAlaIqBChMIqP7nv-2E7wIViKZ3Ch1uqQDBEAMYASAAEgLIUfD_BwE).

<sup>89</sup> <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-neue-seidenstrasse-wie-china-internationale-diskursmacht-erlangt>.

<sup>90</sup> Siehe dazu die Analyse <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Multilateralismus+und+Chinas+globale+Rolle.pdf/7b97b2fa-e152-9efc-391a-67a187de4618>.

<sup>91</sup> Auch die bereits zitierte Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung fordert: „Drittländern, insbesondere aus dem Globalen Süden, müssen glaubhaft Alternativen zu chinesischer Unterstützung angeboten werden.“ Siehe <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Multilateralismus+und+Chinas+globale+Rolle.pdf/7b97b2fa-e152-9efc-391a-67a187de4618>.